Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Geldstadtbelung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,60 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis [illegible] Pfg. für die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis [illegible] Pfg., Reklamen [illegible] Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 5spaltige 60 Pfg. bez. [illegible] Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 5 Mk. für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verch. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 141. | Donnerstag den 20. Juni 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Starker Feuerüberfall auf die feindlichen Anlagen bei Reims.

Die neuen Getreidepreise.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Nach langer, dafür aber um so reiflicherer Überlegung hat der Bundesrat nunmehr die neuen Getreidepreise für das Wirtschaftsjahr 1918 festgesetzt. Der freie Handel ist so gut wie völlig ausgeschaltet, also kann die notwendige Anpassung der Preise an die wechselnden Verhältnisse der Erzeugung nur mit obrigkeitlicher Genehmigung vor sich gehen. Und in diesem Falle machen die Höchstpreise ihrem Namen wirklich Ehre, sie stehen nicht bloß auf dem Papier; denn Hand in Hand mit ihrer Festsetzung geht die Beschlagnahme der ganzen Ernte und ihre öffentliche Bewirtschaftung. Fehler auf diesem Gebiete würden für unser gesamtes Ernährungswesen im höchsten Grade verhängnisvolle Folgen zeitigen.

Die neue Bundesratsverordnung erhöht den Preis für die Tonne Weizen und Roggen um 35, denjenigen für die Tonne Hafer und Gerste um 30 Mark. Sie erkennt ausdrücklich an, daß diese Erhöhung hinter der Steigerung der Produktionskosten des letzten Jahres und der Senkung des Geldwertes zurückbleibt, meint aber, daß bei diesen Preisen die Erzeugungskosten schließlich noch Deckung finden würden. Die Landwirte werden in dieser Beziehung vielleicht anderer Ansicht sein und die schon oft aufgeworfene Frage wiederholen, warum ihnen fortgesetzt zugemutet werde, die Früchte ihrer Arbeit unter den Selbstkosten an den Verbraucher abzugeben, während doch sonst in diesen Kriegszeiten das Verdienen überall sehr groß geschrieben werde, besonders überall da, wo der Staat als Arbeitgeber oder als Warenabnehmer seine Hand im Spiele habe. Indessen wird damit gerechnet, daß innerhalb der Gesamtwirtschaft des Bauern oder Gutsbesitzers ein gewisser Ausgleich unter den Herstellungskosten der verschiedenen Anbaufrüchte vor sich geht, und daß deshalb gerade bei der Brotfrucht, für die in der Hauptsache der große Besitz als Lieferant in Frage kommt, die Grenze eher etwas zu niedrig als zu hoch gezogen werden darf. Jedenfalls bedingt die Entscheidung, wie der Bundesrat sie jetzt getroffen hat, eine Steigerung der Mehlpreise um knapp 2 Pfennig für das Pfund, hält sich also auch für Minderbemittelte in erträglichen Grenzen. Dieser Gesichtspunkt mußte ebenso sorgfältig im Auge behalten werden wie der andere, daß ein Rückgang unseres Getreidebaues unter allen Umständen verhütet werden muß. Denn wir sind nach wie vor vom Weltmarkt abgeschnitten, und daß wir uns weder auf russische noch auf ukrainische noch auf rumänische Getreidelieferungen verlassen können, haben wir in diesem Frühjahr bereits genugsam erfahren. Man hat sich also auch hier wieder für den berühmten Mittelweg entschieden und wird damit wohl so ziemlich das richtige getroffen haben.

Zu gleicher Zeit sind auch die Frühdruschprämien neu geregelt worden. Sie fallen von 120 Mark für die Tonne bei Ablieferung vor dem 16. Juli 1918 auf 100 Mark bei Ablieferung vor dem 1. August, auf 80 Mark bis zum 16. August, auf 60 Mark bis zum 1. September, auf 40 Mark bis zum 15. September und auf 20 Mark bis zum 1. Oktober. Der Aufwand für die Frühdruschprämien wird für das von der Reichsgetreidestelle bewirtschaftete Getreide nach denselben Grundsätzen wie im Vorjahre auf die Reichskasse übernommen.

Auf diese Weise sollen die Reichsgetreidestelle und die Kommunalverbände auch dieses Jahr wieder rechtzeitig in den Besitz der für die ungestörte Versorgung nötigen Getreidemengen gesetzt werden. Die Bestände der alten Ernte reichen gerade nur hin, bis der frische Feldersegen zum Schnitt reif geworden ist, mir haben also am Frühdrusch nach wie vor das größte Interesse. Die besonderen Unkosten, die er verursacht, und die vielfachen Wirtschaftserschwernisse, die mit ihm verbunden sind, erfordern deshalb unbedingt eine entsprechende Entschädigung.

So ergibt sich also für die Zukunft eine mäßige Erhöhung der Preislage. Sie bleibt noch weit unter dem Durchschnitt der Getreidepreise in anderen Kulturländern, wie überhaupt ihre Steigerung während des Krieges bei uns geringer war als überall sonst in der Welt, die neutralen Länder nicht ausgeschlossen. Das darf billigerweise nicht übersehen und ebenso wenig vergessen werden, daß die Festhaltung der bisherigen Preise nur unter erheblichen Opfern der Landwirtschaft möglich gewesen ist. Auch im Kriege haben wir uns an die guten Leistungen unserer Organisation und unserer staatlichen Fürsorge nur zu rasch gewöhnt und sie als die selbstverständlichste Sache von der Welt hingenommen, während doch jeder Blick über die deutschen Grenzen uns deutlich genug zeigte, daß hier Grund zu besonderer Anerkennung vorgelegen hätte. Um so williger müssen und dürfen wir uns jetzt mit den neuen Maßnahmen des Bundesrats abfinden.

Es kommt einzig und allein darauf an, ob mit ihnen die Ernährung unseres Volkes für das nächste Wirtschaftsjahr sichergestellt wird unter möglichst gerechter Verteilung der unumgänglichen Belastung auf Erzeuger und Verbraucher. Diese beiden Voraussetzungen können, wie die Dinge in Deutschland liegen, als zutreffend anerkannt werden.

Kein Brotgetreide nach Österreich.

Berlin, 18. Juni.

Verschiedentlich sind Gerüchte über die Abgabe von Nahrungsmitteln an Österreich in Umlauf gesetzt worden. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist die **Abgabe von Brotgetreide aus deutschen Beständen ausgeschlossen.** Die Gerüchte fußten wohl hauptsächlich auf dem Umstande, daß der österreichische Minister für Volksernährung Paul in Berlin eingetroffen ist.

Zweifellos hat die Herabsetzung der Brotration in Österreich den Ernährungsminister veranlaßt, bundesbrüderliche Hilfe in Berlin nachzusuchen, aber es handelt sich dabei wahrscheinlich um andere Dinge als um Mehl oder Getreide. So wurde gestern im Wiener Gemeinderat erklärt, es müßten unverzüglich durch die Regierung Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland angeknüpft werden, mit Deutschland insbesondere in der Richtung, daß es, wenn nicht mit Mehl, so doch mit Kartoffeln aushelfe. Es wurden dann Depeschen an den ungarischen Ernährungsminister, an den bayerischen Ministerpräsidenten und an die deutsche Regierung beschlossen. Besonders wird weitere ausreichende Ausfuhr von Altkartoffeln aus Bayern erbeten. Ministerpräsident v. Seidler sagte einer wegen der Verkürzung der Brotration erschienenen sozialdemokratischen Abordnung, seit der Erschöpfung der eigenen Vorräte sei Österreich auf Zufuhren aus Bessarabien und der Ukraine angewiesen, die jedoch unbefriedigend seien. Es seien alle Schritte geschehen, um Aushilfe zu beschaffen. Deutschland sei jedoch, selbst jetzt vor der neuen Ernte gezwungen gewesen, seine Brotration herabzusetzen. Immerhin bestehe die Hoffnung, daß deutscherseits im Sinne der im Mai getroffenen Vereinbarungen gewisse Transporte an Österreich abgegeben würden. Die Erfassung der österreichischen neuen Ernte werde die Regierung sobald wie möglich durchführen . . . .

Ob Deutschland in der Lage ist, den Österreichern irgendwelche Aushilfe zu gewähren, muß dahingestellt bleiben, jedenfalls kann die Hergabe von Getreide oder Mehl nicht in Frage kommen und ist auch nicht geplant.

Russische Warnungen an den Verband.

Stockholm, 18. Juni.

Die Moskauer Regierung hat bisher vergeblich gegen die Einmischung Englands und der übrigen Verbandsstaaten in die innere Neuordnung in Rußland Einspruch erhoben. Jetzt wendet sich die „Iswestija", das Blatt der Räteregierung, in einem geharnischten Artikel gegen das Verhalten der Bundesgenossen. In dem Artikel heißt es:

Die Einmischung unserer Bundesgenossen wird lediglich die breiten Massen gegen die neuen Vergewaltiger auf den Plan rufen. Wenn die Bundesgenossen in Rußland gegen Deutschland kämpfen, so werden sie als Eindringlinge betrachtet werden. Der Sturz der Rätegewalt würde den Deutschen den Weg nach Indien, Mittelasien und Sibirien öffnen. Die Einmischung bedeutet letzten Endes den endgültigen Bruch der Bundesgenossen in Ost und West.

In erster Linie denkt die Räteregierung wohl an die Festsetzung der Engländer an der Murmanbahn, die eine ständige Bedrohung Petersburgs darstellt, sowie an die geheimnisvollen Umtriebe in Sibirien, die offenbar darauf abzielen, das weite Gebiet von Rußland zu trennen und es unter den gemeinsamen Einfluß der Verbandsmächte zu bringen.

Beschlagnahme der russischen Schiffe.

Wie man mit dem ehemaligen Bundesgenossen umspringt, zeigt folgende Meldung aus Helsingfors, die Moskauer Blättern entnommen ist.

Alle in englischen und amerikanischen Gewässern liegenden russischen Schiffe sind beschlagnahmt worden. Ebenso sind acht der größten Dampfer der russischen Freiwilligenflotte in ostasiatischen Gewässern für den Verband in Dienst genommen worden.

Alle übrigen russischen Schiffe, die in den Häfen der Verbandsstaaten liegen, dürfen nicht in See gehen. Diese durch nichts zu rechtfertigende Vergewaltigung muß in Rußland die Erbitterung gegen die Bundesgenossen noch steigern. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat zwar Protest erhoben, aber man weiß ja, wie die Entente Proteste der Staaten behandelt, die nicht dem Rechtsbruch Gewalt entgegensetzen können.

Die Lage in Sibirien.

Nach den neuesten Petersburger Meldungen haben sich in Sibirien Vorgänge von außerordentlicher Bedeutung abgespielt. In **Westsibirien** sind anscheinend die **Bolschewiki durch Gegenrevolutionäre und Tschechen gestürzt** worden. Die telegraphischen Verbindungen mit Sibirien sind unterbrochen. An vielen Stellen ist der Telegraph in den Händen der Tschechen. Omsk ist durch die Tschechen eingenommen worden. Bei Omsk-Jekaterinburg und Ufa finden noch schwere Kämpfe statt. Aus Omsk ist folgendes Telegramm an den Rat der Volkskommissäre in Moskau eingegangen: „Die Bolschewiki in Sibirien sind gestürzt. Die interimistische sibirische Regierung, die von der sibirischen Duma gewählt wurde, hat die Regierung angetreten. Gegen dieses Telegramm wendet sich Lenin in einem Aufruf an alle Arbeiter, in dem er betont, daß der Rat der Volkskommissäre sich in keine Verhandlungen mit diesen Gegenrevolutionären einlassen werde, vielmehr bereits Truppen gegen sie in Marsch gesetzt habe. Lenin wendet sich sehr heftig gegen die Franzosen und die übrige Entente. In den an Sibirien angrenzenden Bezirken wird von Lenin die Mobilisation der letzten fünf Jahrgänge angeordnet. Auch in Moskau sind die Artilleristen und Ingenieure der gleichen Jahrgänge zu den Waffen gerufen worden.

Die Schlacht in Venezien.

Siegreiche Abwehr an der Brenta.

Wien, 18. Juni.

Der amtliche Heeresbericht meldet: Die Schlacht Venezien nimmt ihren Fortgang, die Armee des Generalobersten Freiherrn v. Wurm gewann an zahlreichen Stellen Raum; ihr Südflügel erreichte in zähen Kämpfen den Kanal Fosebba. Generaloberst Erzherzog Josef baute seine Erfolge im Montellogelände aus. Italienische Gegenstöße scheiterten.

An drei Kampftagen wurden in diesem Gebiet 73 italienische Geschütze eingebracht, darunter zahlreiche schwere Kaliber.

Beiderseits der Brenta rannte der Feind abermals und abermals vergeblich gegen unsere neuen Stellungen an. Ebenso erfolglos verliefen südlich von Asiago mehrere englische Angriffe.

Die Zahl der Gefangenen ist auf 30000 gestiegen, jene der erbeuteten Geschütze auf mehr als 120.

Die Beute an Minenwerfern und Maschinengewehren, sowie sonstiger Kriegsmittel ist noch nicht gezählt.

Der Chef des Generalstabes.

Die Offensive gegen Italien macht also Fortschritte. Allen verzweifelten Anstrengungen der Gegner zum Trotz haben die österreichisch-ungarischen Truppen auch am zweiten und dritten Tage die Erfolge des ersten weiter ausgebaut. Das Westufer der Piave vor den beherrschenden Höhen des Montello bis hinunter ans Meer war der Schauplatz erbitterter Kämpfe, in deren Verlauf sich die dort operierenden österreichischen Armeen in den Besitz weiteren

Die Zerbröckelung der Italienischen Front.
→ Österreichische Einbrüche.
→ Italienische Gegenangriffe.

feindlichen Geländes und der dadurch größeren Sicherheit aller bisher errungenen Erfolge setzten. Sowohl Raumgewinn im Gebiete des Montello wie auch westlich San Dona und die Einnahme des vielumstrittenen Cavallie sind die

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF